

Der Kommentar

**Liebe Mitglieder der DVPB,
liebe Leserinnen und Leser,**

auf dieser Seite soll in Zukunft zu einem bildungspolitischen oder fachdidaktischen Thema ein Kommentar veröffentlicht werden können. Wir laden Sie herzlich

ein, Kommentare einzureichen. Wir möchten den Dialog zwischen den Mitgliedern der DVPB und den Leserinnen und Lesern von Politisches Lernen intensivieren. Pro- oder Contra-Kommentare sind herzlich erwünscht.

Fachfremder Unterricht in den sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern — zwischen bildungspolitischer Naivität und Fahrlässigkeit

Ein Kommentar von Bettina Zurstrassen

Die Gewerkschaften fordern analog zu einer Prüfstelle für "jugendgefährdende Medien" eine Prüfstelle für "bildungsgefährdende Unterrichtsmaterialien". Die bisherigen Reaktionen der Bildungspolitik sind ablehnend. Man verweist auf die Kompetenz der Lehrkräfte, Unterrichtsmaterialien von Lobbygruppen sachgerecht im Unterricht aufarbeiten zu können. So sympathisch das Vertrauen der Bildungspolitik in die Kompetenz der Lehrkräfte ist, zugleich ist diese Position naiv und zum Teil auch fahrlässig. Sie unterstellt, dass Lehrkräfte die fachliche Kompetenz und politische Sensibilität besitzen, die zum Teil subtilen, aber argumentativ stark vorgebrachten politisch und fachlich verkürzten, falschen oder manipulativen Darstellungen in Unterrichtsmaterialien deuten zu können. Das ist offenbar nicht oder nur bedingt der Fall.

Der Braunkohle-Industrie-Verein hat kürzlich eine Broschüre mit dem Titel "Braunkohle im Energiemix" herausgegeben. Laut einer Befragung des Verbands, so der Journalist Holland-Letz, hätten nahezu 90 Prozent der rund 500 befragten Lehrerinnen und Lehrer das Unterrichtsmaterial als gut bis sehr gut eingeschätzt (Onlinequelle 1). Die Evaluationsergebnisse sind, auch wenn eine Analyse der Erhebungsmethode noch aussteht, beunruhigend. Haben die Befragten nicht erkannt, dass die Unterrichtsmaterialien stark lenkend und politisch einseitig sind? Auf Seite 20 der Broschüre behaupten die Autoren "Braunkohle benötigt keine Subventionen." Der Begriff der Subvention wird nicht definiert oder diskutiert, sondern zum Instrument der politischen Agitation gemacht. Legt man nicht den engen politischen, sondern den weiten volkswirtschaftlichen Begriff an,

dann ist die Behauptung des Braunkohle-Industrie-Vereins nicht zu halten. Dieser umfasst auch Steuervergünstigungen, Gebührenermäßigungen bzw. Gebührenbefreiungen und staatliche Forschungsförderung. Eine Greenpeace-Studie, die den weiten Subventionsbegriff anlegt, kommt zum Ergebnis, dass die Braunkohle-Industrie von 1950 bis 2008 "finanzielle Vorteile in Höhe von etwa 101 Milliarden Euro" erhalten hat (Quelle 1). Die Analyse von Unterrichtsmaterialien erfordert eine hohe fachliche Kompetenz, zumal die Unterrichtsmaterialien von Wirtschaftsverbänden, Industriebetrieben oder Vereinen heute deutlich subtiler in der Vermittlung ihrer Botschaften sind als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

Der erleichterte Zugang für Industrie und Wirtschaft in die Schulen wird mit dem Verweis auf die Forderung der Reformpädagogik "Schule zu öffnen" geadelt. Dabei ist die nordrhein-westfälische Bildungspolitik inkonsequent. In der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, die als Organisation der Exekutive Verfassungsrang hat, werden die Lehrkräfte gemäß Absatz II auf ihre Pflicht hingewiesen: "[...] zu jeder Zeit durchgehend anwesend und für den Unterricht verantwortlich (zu sein). Sie stellen sicher, dass unterschiedliche Institutionen und Organisationen gleichberechtigt und gleichgewichtig einbezogen und berücksichtigt werden" (Onlinequelle 2). Wieso wird dieser Passus nicht auch im Umgang mit Unternehmen, unternehmensnahen Interessenverbänden oder auch Gewerkschaften eingefordert? In politischer Naivität wird den Banken, Versicherungen und Unternehmen, die an Schulen ihre Botschaft vermitteln dürfen, unterstellt, dass sie kei-

ne Interessenpolitik oder keine Ideologienpolitik betreiben. Dem pädagogisch geschulten Vertreter der Bundeswehr, der einen Verfassungsauftrag erfüllt, wird weniger Vertrauen entgegengebracht als einem Bankkaufmann, einem Finanzdienstleister oder Versicherungsvertreter, der profitorientierte Individualinteressen verfolgt.

Angesichts des hohen Anteils fachfremden Unterrichts in den sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern fragt man sich, woher die fachlichen und fachdidaktischen Kompetenzen kommen sollen, die Unterrichtsmaterialien und andere andere unterrichtliche Maßnahmen durch außerschulische Experten kritisch deuten und fachlich einordnen zu können.

“Ein Blick auf die Amtlichen Schuldaten für das Schuljahr 2011/12 zeigt, dass der Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Im Schuljahr 2012/13 wurden in der fünften Jahrgangsstufe an Hauptschulen 81,8%, an Realschulen 79,1% an Gesamtschulen 84,2% und an Gymnasien 42,4% des sozialwissenschaftlichen Unterrichts fachfremd erteilt. In der 8. Jahrgangsstufe sehen die Daten nicht viel besser aus. Der fachfremde Unterricht beträgt an Hauptschulen 87,4%, an Realschulen 50,8%, an Gesamtschulen 56,1% und an Gymnasien 24,6%” (Onlinequelle 3).

Kein Unterrichtsfach wird so oft fachfremd erteilt wie der sozialwissenschaftliche Unterricht. Kein Unterrichtsfach ist aber zugleich auch so stark im Blickpunkt von Lobbygruppen. Zu einer freiheitlich-demokratischen Ordnung gehört auch die Vertretung von Interessen, der Lobbyismus. Schule kann sich diesen Einflüssen kaum entziehen. Umso wichtiger wäre die Einstellung fachlich qualifizierter Lehrkräfte. Der Fachlehrerbedarf im Bereich Sozialwissenschaften kann mit den derzeitigen Absolventenzahlen, so die Berechnungen des Schulministeriums NRW, an manchen Schulformen nicht gedeckt werden (Onlinequelle 4, S. 11). Umso unverständlicher ist die Entscheidung der NRW-Landesregierung, derzeit keine oder nur in Ausnahmefällen, Lehrkräfte mit Fakultas Sozialwissenschaften bzw. Politik/Wirtschaft einzustellen. Das ist bildungspolitisch grob fahrlässig. Der Lehrerberuf

wird durch die Politik “des fachfremden Unterrichts”, die vor allem haushaltspolitisch motiviert ist, weiter entprofessionalisiert und verliert an Attraktivität. Zudem wird die soziale Bildungsungleichheit verstärkt. Warum wird Hauptschülern in der Jahrgangsstufe 8 beinahe vier Mal öfter fachfremder Unterricht zugemutet als Gymnasiasten, obwohl der didaktische Anspruch deutlich höher ist? Wieso wird einer sozialen Gruppe ein fachgerechter Unterricht durch Fachlehrkräfte verwehrt, die im Gegensatz zu vielen Gymnasiasten oft nicht im Elternhaus politisiert wird und gerade deshalb Adressat eines fachlich und didaktisch qualifizierten Unterrichts sein sollte? Im Vergleich zu Gymnasiasten werden Haupt-, Real- und Gesamtschüler/innen so hinsichtlich ihrer politischen Bildungs- und Partizipationschancen diskriminiert.

Die empirische Unterrichtsforschung hat belastbare Daten, die belegen, dass Fachlehrkräfte bessere Unterrichtsergebnisse erzielen. In internationalen Wissensstudien zur politischen Bildung, so problematisch die Erhebungsmethoden zuweilen auch sind, belegt Deutschland bestenfalls mittlere Rangplätze. Auch das dürfte eine Auswirkung des fachfremden Unterrichts sein. Bei Schulleitungen, im Schulministerium und in der Bildungspolitik muss hier dringend ein Umdenken erfolgen!

Dieser Kommentar ist kein Bashing gegen fachfremd unterrichtende Lehrkräfte. Während ihrer Tätigkeit als Lehrerin hat die Kommentatorin selbst bis zur Fachhochschulreifeprüfung mit bestem Bemühen fachfremd unterrichtet, aber immer auch mit dem Gefühl, eine fachliche Hochstaplerin zu sein.

Quellenhinweise

- Quelle 1: www.gew.de/..._in_weiten_Teilen_stark_lenkend.html
- Onlinequelle 2: www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/Kooperationsvereinbarung_Schulen_NRW_2012.pdf#Kooperationsvereinbarung
- Onlinequelle 3: www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/2011_12/StatUebers375-Quantita2011.pdf, S. 95
- Onlinequelle 4: www.schulministerium.nrw.de/ZBL/Chancen/Prognosen.pdf, S. 11

Anteil des erteilten Unterrichts ohne Lehrbefähigung im Unterrichtsfach “Politik”* in der Sekundarstufe I (Angaben in Prozent)

Jahr / Schulform	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
2006/07	74,5	61,3	61,0	29,6
2007/08	77,1	62,6	62,5	30,1
2008/09	78,0	61,1	63,5	29,6
2009/10	76,0	60,9	60,5	29,4
2010/11	80,3	60,4	61,6	28,6
2011/12	82,8	60,8	61,1	29,1

Tabelle zusammengestellt von Bettina Zurstrassen aus den Angaben der “Amtlichen Schuldaten des Landes Nordrhein-Westfalen” der Schuljahre 2006/07 bis 2011/12. Die Daten über das Schuljahr 2012/13 sind noch nicht veröffentlicht.

* Die Fachbezeichnung “Pk” für “Politik” ist den Tabellen der Amtlichen Schuldaten entnommen.

Dieser Beitrag erschien zuerst in **Politisches Lernen** 1–2/2013. Er ist urheberrechtlich geschützt und darf nicht vervielfältigt werden.

ISSN 0937 – 2946

Herausgeber: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V. www.dvpb-nw.de

Copyright renewed © 2018 Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V.

Nachdruck, elektronische Speicherung und Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers und Verlags. — Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht unbedingt Meinungsäußerungen des Herausgebers.

Verlag: Wieland Ulrichs (Satz, Layout, v.i.S.d.P.), Tannenweg 14, 37085 Göttingen, 0551 / 79 66 06, wu@wieland-ulrichs.de